

WIE GEHT ES PERSONEN IN USTER, DIE FINANZIELL LIMITIERTE MITTEL HABEN?

Mitglieder des Seniorenrates Uster (SRU) erhalten ab und zu Einblick in Lebens- und Finanz-Situationen von Einwohnern in Uster. Darunter auch solche mit Ergänzungsleistungen. Es zeigt sich, dass diese oft in schwieriger finanziellen Situationen leben.

Am 30. Mai 2022 wurde vom Gemeinderat einstimmig die Revision der Verordnung über die Gemeindegzuschüsse beschlossen. Dabei wurde der bisher allgemein gewährte Zuschuss in einen reinen Mietzinszuschuss umgewandelt. Von dieser Neuregelung profitieren ca. 15 Prozent der Bezüger, während rund 85 Prozent keinen Zuschuss mehr erhalten. Damit will die Stadt jährlich rund 400 000 Franken einsparen.

Der Seniorenrat versuchte vor der Abstimmung zu Gunsten der finanziell Benachteiligten Einfluss zu nehmen. Mit Bedauern mussten wir aber die geschaffenen Tatsachen akzeptieren.

GESPRÄCH MIT PARTEIEN

Diese Situation bestärkte uns darin, mit den politischen Parteien das Gespräch zu suchen. Wir

schrrieben die Präsidentinnen und Präsidenten der Parteien an und ersuchten diese um ein Gespräch.

Im Zeitraum zwischen 3. Mai und 22. November 2022 wurden wir von den Parteien FDP, SP, SVP und den Grünen eingeladen. In diesen Gesprächen stellten wir fest, für die Parteien sind Probleme der älteren Bevölkerung kein Thema. Einzig die FDP reagierte und reichte umgehend beim Gemeinderat ein Postulat «Operative Umsetzung der Altersstrategie Ambulant vor Stationär» ein.

Ferner war es dem Seniorenrat ein Anliegen auf die Punkte Betreuung im Alter, Ergänzungsleistungen (EL) und die Auswirkungen der Strategie «Ambulant vor Stationär» hinzuweisen. Insbesondere auf die schwierige Situation von Bezüger von Ergänzungsleistungen.

Ebenso hat die vom Gemeinderat verabschiedete Altersstrategie Konsequenzen. Zwar lassen sich Kosten sparen, benötigten doch 2020 29 Prozent der EL-Bezüger, die in einem Heim leben, 67 Prozent der Leistungen. Umgekehrt sind dies bei 71 Prozent der Bezü-

ger, die in einer Wohnung leben, nur 33 Prozent der Leistungen.

Damit nun aber ein längerer Verbleib der älteren Bevölkerung im angestammten Wohnraum möglich ist, fallen zusätzliche Kosten an. Personen mit finanziell knappem Budget sollen gesund (psychisch und physisch) zu Hause leben können. Es ist mit erhöhten Spitexleistungen zu rechnen und zusätzliche Mittel werden nötig sein, um den Personen die soziale Teilhabe zu ermöglichen. Das heisst zum Bei-

spiel etwas Geld zu haben, einen Kaffee mit Freunden auswärts zu trinken oder zur Unterstützung mit jemandem zusammen einkaufen zu gehen, weil die Unsicherheit alleine zu gross ist. Darum, und um auf die prekäre Lage von ungedeckten Kosten im Zusammenhang von Betreuungsleistungen aufmerksam zu machen, haben wir notwendige Massnahmen bei den Parteien, der Gesundheits- und Sozialvorsteherin angeregt – wir werden dranbleiben.

Seniorenrat Uster

